

— Auch aus der Tatsache, daß die Landwirtschaftsräte keine Weisungsbefugnis gegenüber den untergeordneten Organen und den Genossenschaften haben, wird abgeleitet, daß sie nicht befugt seien, Koordinierungsvereinbarungen abzuschließen; ebenfalls wird ihr Inhalt auf unverbindliche Erklärungen beschränkt.

— Die Landwirtschaftsräte arbeiten nicht nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Überlegung, daß deshalb in den Vereinbarungen keine Sanktionen enthalten sein können und die Vereinbarungen damit wirkungslos würden, führt mitunter ebenfalls zur Ablehnung der Koordinierungsvereinbarungen.

Während man im allgemeinen feststellen kann, daß die investausführenden Zweige und ihre Führungsorgane um den Abschluß von Koordinierungsvereinbarungen bemüht sind, verhalten sich die Organe der Landwirtschaft überwiegend noch zurückhaltend, weil sie — wie gesagt — bezweifeln, als Partner solcher Vereinbarungen auf treten zu können.

Auch in der Literatur wird die Partnerschaftseigenschaft des Landwirtschaftsrates bei Koordinierungsvereinbarungen mit der Begründung angezweifelt, die Landwirtschaftsräte seien keine wirtschaftsleitenden Organe im Sinne des Vertragsgesetzes und könnten — weil eine Weisungsbefugnis gegenüber den LPG nicht gegeben ist — keine Verpflichtungen eingehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossenschaften berühren.<sup>17</sup> Diese Begründung trifft aber m. E. nicht den Kern der dem Abschluß der Koordinierungsvereinbarungen zugrunde liegenden Notwendigkeit: Einmal muß es ja nicht Ziel der Koordinierungsvereinbarungen sein, Pflichten für die Genossenschaften zu begründen. In erster Linie werden nur Pflichten statuiert, die die Tätigkeit des Rates betreffen. Im übrigen ist die Weisung wohl auch nicht ausschließliches Leitungsinstrument. Zum anderen muß die Charakterisierung des Landwirtschaftsrates als politisches Führungsorgan, das keine wirtschaftsleitenden Aufgaben zu erfüllen hat, m. E. als mit dem Grundprinzip der Einheit von Politik und Ökonomie unvereinbar abgelehnt werden. Ich halte Eglers Auffassung für zutreffender, daß in den Landwirtschaftsräten und durch sie „die Genossenschaftsbauern unmittelbar an der Ausübung der Staatsmacht teilnehmen, und zwar auf einem speziellen Gebiet der gesellschaftlichen Entwicklung, dem der Planung, Leitung und Organisation der landwirtschaftlichen Produktion“<sup>18</sup>. Als wirtschaftsleitende Vertretungsorgane arbeiten die Landwirtschaftsräte und ihre Produktionsleitungen nach dem Grundsatz: Alles mit den Bauern — alles durch die Bauern. Die Aufgabe, den einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozeß zu leiten, schließt m. E. für den Landwirtschaftsrat in Anbetracht der engen Verflechtung mit der Nahrungsgüterwirtschaft und des Anwachsens der industriellen Vorleistungen die Verpflichtung ein, die dabei entstehenden Kooperationsbeziehungen (innerhalb der Landwirtschaft, mit der Nahrungsgüterwirtschaft und mit dem Investbauwesen) gut zu koordinieren.<sup>19</sup>

Die Errichtung und Inbetriebnahme einer landwirtschaftlichen Produktionsanlage beschleunigt die Entwicklung der Landwirtschaft und beeinflußt maßgeblich ihre Struktur. Hieraus ergeben sich außerordentlich wichtige Gesichts-

17 Vgl. R. Mückenberger, „Die Aufgaben der Landwirtschaftsräte bei der Organisation der Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft“, Vertragssystem, 1965, S. 294.

18 Vgl. G. Egler, „Die Verantwortung des Rates des Bezirkes Neubrandenburg unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen“, Staat und Recht, 1965, S. 537; H.-U. Hochbaum, „Staatliche Wirtschaftsleitung und sozialistische Demokratie“, Staat und Recht, 1965, S. 561 f.

19 Vgl. G. Ewald, „Komplexe wissenschaftliche Führung der Nahrungsgüterwirtschaft“, Staat und Recht, 1967, S. 532 ff.; W. Cesarz / J. Quellmalz, a. a. O., S. 1006.